

Pressemitteilung

"Konstruktiv debattieren um eine zukunftsfähige Landwirtschaft!"

BUND Koblenz fordert Distanzierung der Bauern von rechtsextremen Gruppierungen und strikte Verhinderung von Gewalt bei Straßenaktionen sowie Rückkehr zu einem politischen Dialog über eine umweltschonende, sozial verträgliche und zukunftsfähige Agrarwende

7.1.2024

Anlässlich der bevorstehenden Trecker-Demo in Koblenz und der derzeitigen massiven Aktionen von Bauerngruppierungen, teils jenseits friedlicher und demokratischer Grenzen, fordert der BUND eine Rückkehr zu einer konstruktiven Debatte über eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Landwirtschaft. Gewalt, Drohungen und persönliche Angriffen auf Politiker und Andersdenkende und eine Kumpanei mit rechtsextremen Gruppierungen müssen beendet und aktiv unterbunden werden. Sie gefährden unsere demokratische Gesellschaft und sind keine Lösung für eine Existenzsichernde Agrarwende. Das rückwärtsgewandte Festhalten an der Subventionierung großindustrieller Strukturen sägt nur den Ast ab, auf dem eine bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft sitzt.

Der BUND schließt sich darum auch der aktuellen Resolution des Deutschen Naturschutzrings an, worin alle größeren Naturschutzverbände und einige Bauernverbände zusammengeschlossen sind:

**DNR - Deutscher Naturschutzring -
Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.**

Gemeinsame Pressemitteilung von Deutscher Naturschutzring (DNR), Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUND-Jugend, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Campact, Demeter, Deutscher Tierschutzbund, Deutsche Umwelthilfe (DUH), Ecoland, Greenpeace Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU), Stiftung Haus der Bauern, WWF Deutschland

Zivilgesellschaftliche Organisationen verurteilen antidemokratisches Verhalten bei Bauernprotesten aufs Schärfste
„Wir brauchen konstruktive Debatten und Gestaltungswillen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft“

Berlin, 05. Januar 2024 – Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus Umwelt, Naturschutz, Tierschutz und Landwirtschaft kritisieren die zunehmend eskalierenden Proteste, die vom Deutschen Bauernverband und anderen agrarpolitischen Organisationen gegen die Kürzung der Agrardieselsubventionen initiiert wurden. Die Proteste sollen ab nächster Woche in eine Aktionswoche und eine für den 15.01. angekündigte Großdemonstration münden.

„Die Anwendung von Gewalt, die Bedrohung von Politikerinnen und Politikern, die Verwendung abwertender und menschenverachtender Symbolik und die Bedrohung und massive Einschränkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung lehnen wir vehement ab. Dies ist inakzeptabel und muss Konsequenzen haben. Wer das hohe Gut des Demonstrationsrechts missbraucht, um sich antidemokratisch zu äußern und Amtsträger zu nötigen, schadet allen Bäuerinnen und Bauern, die friedlich demonstrieren und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wir fordern die verantwortlichen Verbände auf, sich klar und deutlich von diesen Vorgängen zu distanzieren und ihre Mitglieder zur Mäßigung aufzurufen.

Die aktuelle Debatte ist Symptom einer tiefer gehenden Problematik: wir befinden uns mitten in einer grundlegenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Was bislang fehlt, ist ein langfristiger Plan, um diese Aufgabe gesamtgesellschaftlich zu bewältigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, politischen Mut und Gestaltungswillen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft an den Tag zu legen und die Transformation der Landwirtschaft mit wirtschaftlichen Perspektiven für die Bäuerinnen und Bauern zu verbinden.“